

Steuerparadiese: Milliarden-Verluste der Entwicklungsländer

Kritische Berichte über wirtschaftliche und gesellschaftliche Auswirkungen von Steuerparadiesen und Offshore-Finanzzentren sind in jüngster Zeit keine Seltenheit mehr. Fast durchwegs fokussieren sie jedoch auf die Interessen von Regierungen und Konzernen in Industrieländern – deren Steuersorgen wie auch deren Reformvorschläge. Die Anliegen der Entwicklungsländer bleiben einmal mehr aussen vor. Einen verdienstvollen Kontrapunkt setzt da die Oxfam-Studie ‚Tax havens. Releasing the hidden billions for poverty eradication‘.

Die beiden Autorinnen Jenny Kimmis und Ruth Mayne der von der britischen Nichtregierungsorganisation Oxfam publizierte Studie* gehen davon aus, dass Offshore-Finanzzentren ein immer grösseres Hindernis darstellen, wenn es darum geht, die Armut zu bekämpfen. Einige Ergebnisse ihrer interessanten Analysen seien im folgenden zusammengefasst.

Obwohl sich die weltweit rund 100 Offshore-Finanzzentren (OFZ) nicht über eine Leiste schlagen lassen, sind ihnen doch einige Merkmale gemeinsam: Fehlende oder niedrige Besteuerung von ausländischem Kapital; Mangel an Transparenz, der oftmals auf gesetzlich garantierte Bankgeheimnisse zurückzuführen ist; schwache Regulierung und Rechtsstaatlichkeit wie auch schwache Aufsicht über Finanzinstitute, Anwälte und Vermögensverwalter. Aufgrund dieser Charakteristiken sowie angesichts der wachsenden Mobilität des Kapitals kommen OFZs im wesentlichen drei Bedeutungen zu:

- Als Steuerparadiese ziehen sie ausländische Vermögen von riesigem Umfang an.
- Als Zufluchtsorte oder Drehscheiben für illegale Finanzflüsse sind sie wesentlich involviert in den Prozess der Geldwäscherei.
- Als deregulierte Handelsplätze tragen sie bei zur Destabilisierung des internationalen Finanzsystems.

Durch den parallelen Prozess zunehmender Handels- und Investitionsliberalisierung einerseits und der Herausbildung von Steuerparadiesen andererseits wurden vielfältige Möglichkeiten geschaffen, mittels derer Individuen und Unternehmen ihre Steuerpflichten umgehen können. Der internationale Standortwettbewerb hat dazu geführt, dass sich immer mehr Länder gezwungen sehen, transnationalen Konzernen tiefe Steuersätze anzubieten, um deren Investitionen anzuziehen zu können. Zwischen 1983 und 1996 sanken die Unternehmenssteuern der in Entwicklungsländern tätigen US-Konzerne von 54 auf 28 Prozent. Damit liegen sie deutlich unter den für ausländisch-kontrollierte Unternehmen üblichen Steuersätzen von 35 Prozent.

Gemäss der Oxfam-Studie verlieren Entwicklungsländer allein aufgrund dieser Steuerkonkurrenz und der durch Kapitalflucht in oder über Steuerparadiese entgangenen Steuereinnahmen jährlich mindestens 50 Mrd. US-Dollar, was ungefähr den jährlichen Hilfsgeldern an Entwicklungsländer entspricht. Wie auch die Autorinnen betonen, handelt es sich dabei allerdings um eine äusserst konservative Schätzung, da sie das Ausmass der Steuerhinterziehung bei weitem nicht umfassend wiedergibt. Nicht berücksichtigt sind zum Beispiel Geschäftspaktiken wie das Manipulieren interner Verrechnungspreise beim Handel zwischen Konzern-Zweigstellen (Transfer Pricing) oder die Nutzung von OFZs, um die

Gewinne niedriger auszuweisen, als sie tatsächlich sind. Unklar ist zudem, wie die Autorinnen den Steuerausfall durch Kapitalflucht geschätzt haben, ist doch die Kapitalflucht selbst kaum zu beziffern.

Diese schwerwiegenden Verluste untergraben also zum einen die Souveränität ärmerer Länder, mittels Fiskaleinnahmen elementare soziale Grundleistungen und wichtige Infrastruktur-Investitionen finanzieren zu können. Zum anderen bieten OFZs noch immer einen weitgehend sicheren Hafen für Gelder aus politischer Korruption und allen Formen illegaler Wirtschaft, vom Drogenhandel bis hin zur Plünderung öffentlicher Finanzen. Damit tragen sie bei zu wachsender Kriminalität und behindern die Entwicklung einer transparenten Budgetpolitik in ärmeren Ländern.

Die Oxfam-Analysen stellen einen wichtigen Beitrag dar, wenn es gilt, Perspektiven weiter zu entwickeln und auf aktuelle Regulierungsdebatten Einfluss zu nehmen. Auf konkrete Vorschläge werden wir sicher zu einem späteren Zeitpunkt vertiefter eingehen.

Gertrud Ochsner

* Oxfam (Hg.). Tax Havens. Releasing the hidden billions for poverty eradication. Oxfam GB Policy Paper No. 6, Oxford 2000, Bezug: www.oxfam.org